



Sie machen sich das Leben schwer

„Politik ist wie Theater. Und Aufgabe der Opposition ist es, die Regierung abzuschminken, während die Vorstellung noch läuft.“

Jacques Chirac, franz. Staatspräsident



Veit Ruppertsberg

„Die SPD macht ein Oppositionsrecht stumpf“, bedauert CDU-Verfassungsexperte Kruse.

Die Verhinderung der Redezeit-Übertragung sei ein „Akt der Willkür“ gewesen.

In der Koalition sieht man das anders. „Die SPD macht ein Oppositionsrecht stumpf“, bedauert Rolf Kruse, Verfassungsexperte der CDU. Der Schill-Abgeordnete Wolfgang Barth-Völkel spricht von „Obstruktion pur“. In dem von ihm geleiteten Gesundheitsausschuss setzte die SPD am Donnerstag eine zusätzliche Sondersitzung durch. Das verlängert die Beratungen über das LBK-Gesetz und die umstrittene Teilprivatisierung der staatlichen Krankenhäuser, mit denen der Senat mehr als 300 Millionen Euro Erlösen will.

Darf man beim Wasser im Rathaus sparen?

Eine ganz andere Idee, die Stadtkasse aufzubessern, hatte der Abgeordnete Barth-Völkel. Mit einer Anfrage an den Senat regte er an, bei den beiden kleinen Wandbrunnen auf der Rathausdiele, in die von 8 bis 19 Uhr Trinkwasser plätschert, zu sparen. Die Wasserspeiser kosten nach Senatsberechnung jährlich 3388 Euro. Von einer Lichtschranke (wie von Barth-Völkel vorgeschlagen), die das Wasser nur noch bei Bedarf sprudeln lässt, oder dem Versiegen der Brunnen hält die Rathaus-Regierung nichts.

Begründung: „Die Rathausdiele wird als zentraler Ort der Stadt sowohl von Hamburger Bürgern als auch von Touristen gern zum Verweilen und zur kurzen Entspannung genutzt. Das belebende Element des fließenden Wassers unterstützt dieses und geht damit über die reine Trinkwasserspende hinaus.“ Die Wandbrunnen waren eine Idee des Rathaus-Baumeisters Wilhelm Emil Meerwein. Er setzte sie vor mehr als 100 Jahren gegen den protestantischen Einwand, sie sähen wie Weihwasserbecken aus, durch. Tatsächlich wurden in jüngerer Zeit schon Rathaus-Besucher beobachtet, die die Finger eintauchten und sich bekreuzigten.

Aber mit der aktuellen Politik im Hohen Haus soll das nicht zusammenhängen.

Interfraktionelle Absprachen normalerweise kein Problem

Der harte Konfrontationskurs hat eine Vorgeschichte. Am 25. September war es während einer erregten Bürgerschaftsdebatte über die Zuwanderung zum Eklat gekommen: Die GAL wollte der Redezeit-klammen SPD einige Minuten aus ihrem Kontingent abgeben, die Koalitionsmehrheit blockte das jedoch ab. Normalerweise ist eine solche interfraktionelle Aushilfe kein Problem.

„Die beschneiden unsere Möglichkeiten, wo sie können“, schimpft man bei der SPD über CDU, Schill-Partei und FDP. „Jetzt machen wir ihnen auch das Leben schwer.“ SPD-Fraktionschef Walter Zuckerer drückt das anders aus. Er bezeichnet die Gesetzeseinsprüche als ein „Signal an die Koalitionsparteien, wieder zu parlamentarischem Konsens und zur Kooperation zurückzukehren“.

Berufsschul-Reform: Jetzt kommen die Kritiker

Der Startschuss zur umfassenden Reform der Berufsschulen hat die Kritiker auf den Plan gerufen. „Das Modell, die Schulen in eine Stiftung zu überführen, ist schon jetzt gescheitert. Bildungsminister Rudolf Lange handelt nach dem Prinzip: Augen zu und durch“, sagte die SPD-Bildungsexpertin Britta Ernst. Die Stiftung schaffe eine aufgeblähte Bürokratie, aber keine zusätzlichen Ausbildungsplätze.

„Lange klammert sich nur deshalb an die Reform, weil er einen weiteren Gesichtverlust vermeiden will“, kritisierte die Oppositionspolitikerin. Wie berichtet, hatte sich Bürgermeister Ole von Beust (CDU) nach einem Gespräch mit Lange (FDP) und Vertretern der Wirtschaft auf die Reform festgelegt, die zum kommenden Schuljahr in Kraft treten soll. Die Wirtschaft – Kammern, Verbände und Betriebe – erhalten

deutlich mehr Einfluss auf die schulische Berufsausbildung.

Die GAL-Fraktionschefin Christa Goetsch vermisst bei dem Konzept eine „feste und konkrete Zusage“ für mehr Ausbildungsplätze. „Wir sehen die Reform kritisch. Der versprochene Gewinn in Form von mehr Ausbildung bleibt völlig unverbindlich“, bemängelte Goetsch. Die kritischen Argumente der Berufspraktiker und der Lehrer gegen

die Reform seien ungehört verhallt. „Der Senator will mit der Brechstange durch die Tür“, lautet Goetschs Fazit.

Der Deutsche Lehrerverband (DL) bezweifelt, dass die Wirtschaft in ganzer Breite hinter der Reform steht. „Das ist eine Zurechtbiegung der Wahrheit. Viele Betriebe lehnen die Pläne glatt ab. Viele wurden gar nicht informiert“, sagte DL-Vorsitzender Arno Becker. Protokolle von so

genannten Workshops, in denen Betriebe und Pädagogen über die Reform diskutierten, seien „offensichtlich falsch“ gewesen.

Auch der DGB hält die Entscheidung des Bürgermeisters und Langes für falsch. „Die Reform führt zur Konzentration auf das betriebliche Interesse. Die Stärkung der Allgemeinbildung gerät ins Hintertreffen“, sagte Erhard Pumm, Vorsitzender des DGB Hamburg. (pum)

Hamburgs oberster Streitschlichter wird 50

JUSTIZ Von Beust würdigte das Verfassungsgericht als „Schiedsstelle zwischen Senat und Bürgerschaft.“

Ralf Nehmzow

„Das Streitpotenzial scheint schier unerschöpflich“, resümierte Wilhelm Rapp (61), Präsident des Hamburgischen Verfassungsgerichts, und erinnerte an einige wichtige Rechtsfälle in Hamburg, an Rechtsfragen etwa zu Untersuchungsausschüssen oder zum Online-Roulette. Rapp zog ein launiges Fazit am runden Geburtstag: Hamburgs höchste Justizinstanz feierte am Freitag 50-jähriges Bestehen. 140 Gäste aus Politik und Justiz kamen zum Festakt, u.a. Bundesverfassungsgerichtspräsident Hans-Jürgen Papier (1.), Bürgermeister Ole von Beust (48, CDU) lobte das Hamburgische Verfassungsgericht als „Schiedsstelle“ zwischen Senat und Bürgerschaft. Allein die Möglichkeit, das Verfassungsgericht anzurufen, „die freundliche Drohkulisse“, führe zur politischen Zurückhaltung und Disziplin. Die bisweilen wegen ihrer Entscheidungen kritisierte Gerichtsbarkeit sei nicht dem „nicht demokratisch legitimierten Zeitgeist“ unterworfen. „Richter sind keine Heiligen. Jedes menschliche Urteil muss sich der Diskussion stellen.“ Aber es dürfe nicht die Autorität der Institution angezweifelt werden. „Was wäre eine Verfassung ohne Gerichte.“ Bürgerschaftspräsidentin Dorothee Stapelfeldt (47, SPD) betonte, das Hamburgische Verfassungsgericht habe die Rechte des Landesparlaments gestärkt.

Bundesverfassungsgerichtspräsident Papier unterstrich die Rolle der Landesverfassungsgerichte. Auch das Hamburger Verfassungsgericht habe wichtige Urteile gefällt. Dadurch sei stärker ins Bewusstsein der Bürger gelangt, dass hoher Rechtsschutz nicht nur in Karlsruhe gewährt werde. Papier kritisierte die Vermischung der Verantwortlichkeiten zwischen Bund und Ländern. „Wir brauchen eine klare Abgrenzung der Kompetenzen.“

Ehrgäste beim Jubiläumsfest: Bundesverfassungsgerichtspräsident Hans-Jürgen Papier (l.), Bürgermeister Ole von Beust.

Seit 1953 hat das Hamburgische Verfassungsgericht (neun Richter) 115 Verfahren bearbeitet. 43 davon wurden durch ein Urteil, 42 durch Beschluss und vier durch Vergleich beendet. 18 Verfahren konnten nach Rücknahme beziehungsweise Erledigungserklärung eingestellt werden, acht endeten auf sonstige Weise. Das Hamburgische Verfassungsgericht entscheidet auf Antrag des Senats oder eines Fünftels der Abgeordneten der Bürgerschaft über Streitigkeiten, die sich aus der Auslegung der Verfassung ergeben. Zudem ist es gefordert bei Streitigkeiten über den Umfang der Rechte und Pflichten von Verfassungsorganen, bei Zweifeln über die Auslegung des Landesrechts sowie bei Volksbegehren und Volksentscheiden. Die wohl spektakulärste Entscheidung war 1993, als die Bürgerschaftswahl von 1991 wegen der Kandidatenaufstellung der CDU für ungültig erklärt wurde. „Juristische Leckerbissen“ seien bei den Fällen dabei gewesen, freute sich Rapp, „es war eine bunte Mischung.“

Der spektakulärste Fall: 1993 wurde eine Bürgerschaftswahl für ungültig erklärt.

Seit 1953 hat das Hamburgische Verfassungsgericht (neun Richter) 115 Verfahren bearbeitet. 43 davon wurden durch ein Urteil, 42 durch Beschluss und vier durch Vergleich beendet. 18 Verfahren konnten nach Rücknahme beziehungsweise Erledigungserklärung eingestellt werden, acht endeten auf sonstige Weise. Das Hamburgische Verfassungsgericht entscheidet auf Antrag des Senats oder eines Fünftels der Abgeordneten der Bürgerschaft über Streitigkeiten, die sich aus der Auslegung der Verfassung ergeben. Zudem ist es gefordert bei Streitigkeiten über den Umfang der Rechte und Pflichten von Verfassungsorganen, bei Zweifeln über die Auslegung des Landesrechts sowie bei Volksbegehren und Volksentscheiden. Die wohl spektakulärste Entscheidung war 1993, als die Bürgerschaftswahl von 1991 wegen der Kandidatenaufstellung der CDU für ungültig erklärt wurde. „Juristische Leckerbissen“ seien bei den Fällen dabei gewesen, freute sich Rapp, „es war eine bunte Mischung.“

Festredner Wilhelm Rapp, Präsident des Hamburgischen Verfassungsgerichts. Rund 140 Gäste kamen zum Festakt. FOTOS: JÖSCHKE

Leserbriefe

Unverständlich

„Werkkrise: Jetzt auch Sorgen bei Blohm + Voss“ und „Sietas: Jeder Sechste muss gehen“, Hamburger Abendblatt, 28. und 30. Oktober

Es ist für mich als Angestellter bei Blohm + Voss unverständlich, wieso der Staat einerseits den Schiffbau in Asien steuerlich subventioniert, aber andererseits der Hamburger Senat Schiffbauhilfen einstellt, und dieses, obwohl bei Sietas und bei Blohm + Voss Arbeitsplätze zur Disposition stehen. Hier wird eine steuerliche Subventionspolitik betrieben, die eindeutig zu Lasten der deutschen und Hamburger Werften führt.

York Schnatmeier, Pinneberg

Berlins Desinteresse?

Der Kardinalfehler der Sietas Werft liegt offensichtlich in der Tatsache begründet, dass dieses Unternehmen weder von Berlin umworben wird noch hier einem Millionärskonsortium Schutz gebilligt wird. Daher hält sich die politische Hilfestellung der Wirtschafts- und Finanzbehörde auch sehr in Grenzen – im Gegensatz zu Beiersdorf.

M. Woinitzky, 22111 Hamburg

Leere Hülle

„Die Hamburger stürmten das Planetarium“, Hamburger Abendblatt, 27. Oktober

An das Hamburger Abendblatt, Brieffach 2110, 20350 Hamburg
E-Mail: briefe@abendblatt.de

Der so genannte Umbau des Planetariums gleicht eher einer Zerstörung desselben. Hamburg mag jetzt den schönsten Sternenhimmel der Welt haben, vielleicht auch die bequemsten Liegesitze – aber darüber hinaus ist das „neue“ Planetarium nichts als eine ausgeweidete, leere Hülle. Nur eines wurde bei der Umgestaltung vergessen, nämlich das Deckengemälde im Vorraum weiß überzutünchen, um die Zerstörung komplett zu machen! Hamburg ist wieder einmal ein bisschen ärmer geworden.

Martin Hühnen, Ahrensburg

Tierquälerei

„Lümmel macht den Hörtest“, HA, 29. Oktober

Auch wenn Sie den Hörtest humorig aufmachen, sieht man diesem jungen Seehund sehr wohl an, dass er den „Hörtest“ keineswegs als angenehm empfindet. Ich frage mich, was man mit die-

sem Versuch bezwecken will: Dass Seehunde zehnmal besser hören als Menschen und dass Lärmbelästigung deshalb zehnmal unangenehmer für sie sein wird als für Menschen? Wenn man auch noch beweisen möchte, dass sie davon krank werden und dass dieses anhand dieses armen Seehundes bewiesen werden soll, ist der Test für mich nichts anderes als Tierquälerei.

Heidi Koehne, 20253 Hamburg

Gegen die Bio-Uhr

„Länger schlafen!“, Hamburger Abendblatt, 25./26. Oktober

Sie stellen fest – und belegen das auch –, dass 70 Prozent unserer Mitmenschen unter der jährlich zweimaligen Zeitumstellung leiden. Offenbar gehören Sie wie auch ich zu dieser erstaunlichen Mehrheit. Müssen wir denn tatsächlich eine Partei gründen, um den Unsinn mehrheitlich abzuschaffen?

Wie hierzulande wird es doch wohl bei unseren europäischen Nachbarn ähnlich aussehen. Wenn es denn bei der Lichtenergie tatsächlich nur 0,01 Prozent Ersparnis gibt, sollte diese erdrückende Mehrheit der (übel) Betroffenen doch eine parteiübergreifende Lobby finden, um dem seit langem bestehenden Verstoß gegen die Bio-Uhr Einhalt zu gebieten!

Erik Roeder, Buchholz

Diese Zuschriften geben die Meinung der Einsender wieder. Kürzungen und orthografische Angleichung vorbehalten.